

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Nasim Saber

NATO-Gipfel in Chicago berät zu Afghanistan

US-Präsident Barack Obama hat die Nato-Staaten zu Beginn ihres Gipfeltreffens in Chicago am 20. Mai zur Geschlossenheit beim geplanten Abzug aus Afghanistan aufgerufen. „So wie wir zusammen Opfer gebracht haben für unsere gemeinsame Sicherheit, werden wir zusammenstehen bei der Beendigung dieser Mission“, sagte Obama zum Auftakt des Treffens der Staats- und Regierungschefs der Nato-Länder und zahlreicher verbündeter Staaten. Im Vorfeld des NATO-Gipfels in Chicago hatte es Proteste gegen die Militärallianz gegeben. Hunderte Demonstranten spalteten sich von einer angemeldeten Demonstration ab und zogen in Begleitung der Polizei zum Finanzviertel der Stadt. Die Nato will den Einsatz von Kampftruppen bis Ende 2014 beenden und danach dem Land bei der Ausbildung und Beratung seiner eigenen Sicherheitskräfte zur Seite stehen.

Hollande will noch 2012 die französischen Soldaten abziehen

Frankreichs neuer Präsident Francois Hollande hatte im Vorfeld die Diskussion über den Zeitplan des Truppenabzugs angeheizt. Zwar hat er Afghanistan militärische und zivile Zusammenarbeit auch nach 2014 zugesagt, aber den Abzug französischer Kampftruppen noch in diesem Jahr bekräftigt. Rund 600 afghanische Soldaten seien bis zum Jahresende bereit, die Verantwortung in der ostafghanischen Provinz Kapisa zu übernehmen, sagte Hollande nach einem Treffen mit dem afghanischen Präsidenten Hamid Karsai bei einem überraschenden Besuch in Kabul. In Kapisa sind die meisten der derzeit noch 3400 französischen Soldaten in Afghanistan stationiert.

US-Botschafter in Afghanistan tritt zurück

Der US-Botschafter in Afghanistan, Ryan Crocker (62), verlässt nach nur einem Jahr seinen Posten in Kabul. Wie die Sprecherin des Washingtoner Außenministeriums, Victoria Nuland, bestätigte, zieht sich Crocker Mitte des Sommers aus Gesundheitsgründen zurück. Crocker ist ein Veteran auf dem diplomatischen Parkett. Er war unter anderem Botschafter im Libanon, in Pakistan und in Syrien, bevor er dann von 2007 bis 2009 US-Vertreter im Irak wurde. Danach trat er als Diplomat in den Ruhestand, brach ihn im vergangenen Juli

auf Wunsch von Präsident Barack Obama aber ab, um Botschafter in Afghanistan zu werden. Crocker hatte gerade erst am Nato-Gipfel in Chicago teilgenommen.

Abzug aus Afghanistan wird zur Herkulesaufgabe

Nach mehr als zehn Jahren Militäreinsatz in Afghanistan steht die NATO vor einer Herkulesaufgabe: Wie ziehen die internationalen Truppen wieder vom Hindukusch ab? Die Planungsexperten in den Militärstäben zerbrechen sich bereits den Kopf über die logistischen Herausforderungen. Rund 130.000 ausländische Soldaten der NATO-geführten ISAF-Truppe sind derzeit in Afghanistan und sollen zu einem Großteil bis Ende 2014 schrittweise heimkehren. Doch es geht auch um Geländewagen, Panzer und Helikopter – sowie um Computer, Küchengeschirr, Betten oder Billardtische. Ein ranghoher NATO-Vertreter schätzt allein den Wert des für den Einsatz am Hindukusch erforderlichen Kriegsgeräts auf knapp 23 Milliarden Euro. Nach bisherigem Stand will die NATO rund 70.000 Fahrzeuge und 122.000 Container mit Material aus dem bergigen Land herauschaffen. Auf die Bundeswehr – die nicht von Abzug, sondern von einer „Rückverlegung“ spricht – entfallen 1700 Fahrzeuge und 6000 Container.

Deutschland und Afghanistan unterzeichnen ein Partnerschaftsabkommen

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der afghanische Präsident Hamid Karsai haben am 16. Mai ein Partnerschaftsabkommen für die Zeit nach dem Abzug der Bundeswehr 2014 unterzeichnet. Es sieht einen deutschen Beitrag von 150 Millionen Euro pro Jahr für die afghanischen Sicherheitskräfte vor. Merkel sprach von einem „Meilenstein in unseren Beziehungen“, Karsai nannte den Prozess der Übernahme der Verantwortung „unumkehrbar“. Das deutsche Geld soll für die Ausbildung von Soldaten und Polizisten eingesetzt werden, erläuterte Merkel. Karsai bezifferte den Finanzierungsbedarf auf 4,1 Milliarden Euro und sagte, Afghanistan wolle davon 500 Millionen übernehmen. Deutschland fühle sich „dauerhaft der guten Entwicklung Afghanistans verpflichtet“, sagte Merkel. Der Charakter der Kooperation werde sich nach dem Abzug der Bundeswehr „völlig verändern“. Schon jetzt habe eine „Übergangsphase“ begonnen, in Zukunft werde sich das Gewicht in Richtung der Entwicklungszu-

sammenarbeit, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie in Richtung der Kooperation in den Bereichen Bildung, Kultur und Wissenschaft verschieben. Karsai ermunterte deutsche Unternehmen, in Afghanistan zu investieren und die dortigen Bodenschätze abzubauen.

Die Toten Hosen wollen nicht in Afghanistan singen

Die Toten Hosen wollen aus politischen Gründen nicht vor deutschen Soldaten in Afghanistan auftreten. Der Sänger der Band, Campino, sagte der *Frankfurter Rundschau* (Ausgabe vom 7. Mai 2012): „Wir haben einen Brief mit einer entsprechenden Anfrage aus Afghanistan bekommen. Wir haben abgesagt, das aber nicht an die große Glocke gehängt. Ich fände es unanständig, mit dieser Haltung zu posieren.“ Der 49-Jährige sagte, er möchte in keiner Weise die in seinen Augen fragwürdige Präsenz deutscher Truppen in Afghanistan unterstützen. „Das ist kein Verteidigungskrieg da unten, auch wenn unsere Regierung das noch so oft gebetsmühlenartig erklärt.“ Campino betonte, er habe Respekt vor jedem einzelnen Soldaten. Er selbst hat den Wehrdienst verweigert.

Obama besucht Afghanistan am Jahrestag der Tötung Osama Bin Ladens

Ein Jahr nach der Tötung von Al-Kaida-Chef Osama bin Laden hat US-Präsident Barack Obama am 2. Mai bei einem Blitzbesuch in Afghanistan die Erfolge im Kampf gegen das Terrornetzwerk herausgestellt. Obama unterzeichnete in der Nacht zum Mittwoch zudem ein Abkommen mit Kabul, das den Einsatz von US-Soldaten am Hindukusch nach dem Abzug der ausländischen Kampftruppen Ende 2014 regelt. Bei Anschlägen in Kabul wurden danach mehrere Menschen getötet. Der Sieg über Al-Kaida sei „in Reichweite“, sagte Obama auf dem US-Stützpunkt Bagram nahe Kabul. Von dort war am 2. Mai 2011 jene US-Eliteeinheit gestartet, die Bin Laden in seinem Versteck in Pakistan erschoss. „Wir haben die Führung von Al-Kaida niedergeschmettert“, sagte Obama in seiner live vom US-Fernsehen übertragenen Rede. Obama war unter größter Geheimhaltung zum dritten Besuch seit seinem Amtsantritt im Januar 2009 an den Hindukusch gekommen. Mit der Reise rief er sechs Monate vor der Präsidentschaftswahl seinen größten sicherheitspolitischen Erfolg in Erinnerung. Er kündigte auch ein baldiges Ende des Kampfeinsatzes an. „Wir sind durch ein Jahrzehnt unter der dunklen Wolke des Kriegs gereist“, sagte er mit Blick auf die Konflikte im Irak und in Afghanistan nach den Anschlägen vom 11. September 2001. „Diese Zeit des

Kriegs begann in Afghanistan, und hier wird sie auch enden“, fügte er hinzu.

Karsai verweigert US-Abgeordnetem die Einreise

Ein US-Abgeordneter, der Korruptionsvorwürfe gegen den afghanischen Präsidenten Hamid Karsai erhebt, ist nach eigenen Angaben an der Einreise nach Afghanistan gehindert worden. Dana Rohrabacher habe am 21./22. April kurzfristig mit einer Kongressdelegation zu Gesprächen mit afghanischen Oppositionellen nach Kabul reisen sollen, teilte seine Sprecherin am Montag in Washington mit. Als Karsai davon erfahren habe, habe er dem US-Außenministerium in Washington mitgeteilt, die gesamte Delegation dürfe nicht einreisen, wenn Rohrabacher mit von der Partie sei. Daraufhin habe US-Außenministerin Hillary Clinton den Abgeordneten, der sich in Dubai befand, angerufen und gebeten, nicht nach Afghanistan zu reisen, sagte Rohrabachers Sprecherin. Der Abgeordnete sei dieser Bitte aus „Respekt“ nachgekommen.

Afghanistan und USA unterzeichnen ein strategisches Partnerschaftsabkommen

Afghanistan und die USA haben sich auf ein Abkommen für eine langfristige strategische Partnerschaft nach dem Ende des NATO-Kampfeinsatzes am Hindukusch geeinigt. Der Entwurf wurde von dem Sicherheitsbeauftragten der afghanischen Regierung, Rangin Dadfar Spanta, und dem US-Botschafter in Kabul, Ryan Crocker, unterschrieben. Das Dokument biete eine „starke Grundlage für die Sicherheit Afghanistans, die Region und die Welt“, erklärte Spanta. Dem Entwurf müssen nun die Präsidenten beider Staaten sowie der US-Kongress und das afghanische Parlament zustimmen. Crocker erklärte, die Vereinbarung werde eine langfristige Partnerschaft „zwischen zwei gleichberechtigten souveränen Staaten“ festigen. Die USA seien entschlossen, den Afghanen beim Aufbau eines „vereinten, demokratischen, stabilen und sicheren Staates“ zu helfen. Kabul hatte sich zuvor mit zwei Vorbedingungen für die Unterzeichnung des Abkommens durchgesetzt: Dabei ging es um die Kontrolle über das von der US-Armee geführte Gefängnis in Bagram sowie über die nächtlichen Einsätze gegen die Taliban, für die bislang US-Spezialeinheiten zuständig waren.

Ranghohes Mitglied des Friedensrates ermordet

Neuer Rückschlag für die Friedensbemühungen in Afghanistan: Am 6. April 2012 wurde der hoch-

rangige Friedensvermittler Arsala Rahmani in der Hauptstadt Kabul auf offener Straße erschossen. Rahmani, ein früherer Minister unter der Taliban-Regierung, galt als wichtige Stütze für mögliche Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und den aufständischen Taliban. Rahmani war Mitglied des afghanischen Senats und auch Mitglied des vom Präsident Karsai einberufenen Friedensrates. Er ist bereits der zweite wichtige Friedensvermittler, der einem Anschlag zum Opfer fällt. Im vergangenen Jahr wurde der damalige Chef des Friedensrates, Burhanuddin Rabbani, von einem Selbstmordattentäter getötet.

Neuer Vorsitzender des Friedensrates ernannt

Afghanistans Regierung hat Salahuddin Rabbani zum neuen Vorsitzenden des Friedensrates bestimmt. Der Sohn des ermordeten Politikers Burhanuddin Rabbani übernimmt damit das Amt seines Vaters, der im September 2011 in seinem eigenen Haus in Kabul ermordet wurde. Aufgabe des Friedensrates ist es, eine Aussöhnung mit den aufständischen Taliban zu suchen. Salahuddin Rabbani war zuvor Botschafter Afghanistans in der Türkei. Er ist Vorsitzender der *Jamiat-e-Islami*-Partei, die sein Vater von 1968 bis zu seinem Tode 2011 führte. Der Attentäter hatte sich als Friedensvermittler der Taliban ausgegeben.

Nach dem Abzugs-Beschluss in Chicago

Das Vorgehen der NATO führt zu einem *failed state* Afghanistan

Otmar Steinbicker

Der Beschluss des NATO-Gipfels zum Ende des Afghanistan-Krieges erscheint auf den ersten Blick klar: Im Sommer 2013 übergibt die Internationale Schutztruppe ISAF die Kontrolle über alle Regionen Afghanistans an die lokalen Sicherheitskräfte und spätestens am 31. Dezember 2014 ist die NATO-Mission zu Ende: Die internationalen Truppen ziehen ab (s. auch „Afghanistan im Überblick“ in diesem Heft). Doch dann soll es weiter gehen: Die NATO plant eine zweite Afghanistan-Mission ab 2015. Dann soll eine Trainings- und Ausbildungsmission starten, ohne Kampftruppen, aber doch mit Soldaten, die zumindest soweit kämpfen können, um die Ausbilder zu beschützen. Von bis zu 1000 Bundeswehr-Soldaten ist da die Rede, immerhin ein Fünftel des derzeitigen Afghanistan-Kontingentes. Wenn Afghanistan nicht zu einem *failed state* und damit zu einem finanziellen Fass ohne Boden werden soll, dann ist jetzt eine europäische Gesprächsinitiative nötig. Deutschland, Frankreich und Großbritannien sind dabei als Erste gefragt.

Von einer politischen Lösung für Afghanistan, einem „Ausgleich mit der Insurrenz“, wie ihn die Bundesregierung vor der großangelegten Petersberg-Konferenz im vergangenen Dezember postulierte, ist seit geraumer Zeit keine Rede mehr. Gesprächskontakte mit den Taliban, die sogar zu einem Taliban-Büro in Katar führen sollten, sind an der fehlenden Bereitschaft der USA zu einem Gefangenenaustausch gescheitert.

Bürgerkriegsrisiko: Arbeitslose Soldaten und Milizen

Ein Ende des Krieges scheint für die NATO derzeit nicht in Sicht. Nur: Kämpfen und sterben sollen künftig die afghanischen Soldaten. Der Westen liefert dafür die Waffen und zahlt. Dort wo die USA selbst zur Waffe greifen, soll das künftig vor allem durch Drohnen geschehen, ferngesteuert, lautlos, tödlich, ohne eigene menschliche Verluste.

Doch auch das ist nur ein Teil der Wahrheit. Wie Afghanistans Verteidigungsminister, General Abdul Rahim Wardak, laut *New York Times* vom 10. April bekannt gab, wird die afghanische Armee bis Ende 2014 von 352.000 Mann (Planzahl für Ende 2012) auf rund 230.000 Ende 2014 reduziert! Der Grund: In Washington wird absehbar das Geld für den Afghanistan-Einsatz knapp. Die Folgen sind absehbar: Womit sollen die Entlassenen ihren Lebensunterhalt